

Vorläufige Ergebnisse der Kommunalwahlen 2004 in Baden-Württemberg

Monika Hin, Nicole Michel

Monika Hin M.A. ist Leiterin des Referats „Volkszählung, Mikrozensus, Erwerbstätigkeit, Wohnungswesen, Wahlen“ im Statistischen Landesamt Baden-Württemberg.

Dipl.-Geografin Nicole Michel ist Referentin im gleichen Referat.

Am 13. Juni 2004 fanden in Baden-Württemberg gleichzeitig mit den 6. Direktwahlen zum Europäischen Parlament auch die unter dem Begriff „Kommunalwahlen“ zusammengefassten Wahlen der Gemeinde-, Kreis- und Ortschaftsräte sowie die Wahl der Regionalversammlung des Verbands Region Stuttgart statt. Obwohl mit der Zusammenlegung von Kommunalwahlen und Europawahlen eine wieder höhere Wahlbeteiligung erwartet worden war, sank die Wahlbeteiligung bei den Gemeinderatswahlen und bei den Kreistagswahlen 2004 erneut, während bei der Wahl der Regionalversammlung des Verbands Region Stuttgart eine leicht steigende Beteiligungsquote zu verzeichnen war.

Die Wählervereinigungen, die 1999 noch auf Platz 2 der Wählergunst lagen, konnten bei den Gemeinderatswahlen 2004 Stimmen hinzugewinnen und sind nun die stärkste Kraft in den Rathäusern. Dominierende Kraft in den baden-württembergischen Kreistagen bleibt mit Abstand nach wie vor die CDU. Auch bei der Wahl der Regionalversammlung des Verbands Region Stuttgart waren die Christdemokraten die erfolgreichste Partei.

Die vorgelegten Daten zu den Gemeinderatswahlen und den Kreistagswahlen 2004 basieren auf den Schnellmeldungen der Gemeinden und Kreise an das Statistische Landesamt bzw. auf einer Vorabauswertung der Wahlvorschläge, das heißt, es handelt sich hierbei um vorläufige Ergebnisse. Erfahrungsgemäß ist aufgrund von Korrekturen und der Bereinigung von Unstimmigkeiten noch mit geringfügigen Änderungen des Landesergebnisses zu rechnen. Bei den Ergebnissen der Wahl der Regionalversammlung des Verbands Region Stuttgart handelt es sich um das amtliche Endergebnis.

Bei Gemeinderatswahlen 2004 Wahlbeteiligung auf Rekordtief und ...

Bei den Gemeinderatswahlen am 13. Juni 2004 waren nach Auswertung der Schnellmeldungen insgesamt rund 7,8 Mill. Baden-Württembergern und Baden-Württemberger wahlberech-

tigt (Tabelle 1). Unter den Wahlberechtigten der Gemeinderatswahlen waren – nach Berechnungen anhand der Daten aus dem Ausländerzentralregister – etwa 387 000 EU-Ausländer, was einem Anteil von 5 % an allen Wahlberechtigten entspricht. Seit den Kommunalwahlen 1999 können auch die „Unionsbürger“, das heißt die in Baden-Württemberg wohnhaften Bürgerinnen und Bürger der anderen EU-Mitgliedstaaten, an den Gemeinderatswahlen teilnehmen, sofern sie – wie auch die deutschen Wahlberechtigten – seit mindestens 3 Monaten in der Gemeinde wohnhaft sind. Im Gegensatz zur Europawahl werden sie automatisch im Wählerverzeichnis geführt.

Obwohl mit der Zusammenlegung von Kommunalwahlen und Europawahl wieder eine höhere Wahlbeteiligung erwartet worden war, sank die Wahlbeteiligung bei den Gemeinderatswahlen 2004 erneut um einen weiteren Prozentpunkt auf nur noch 52 %. Die Quote von 52 % stellt seit 1975 – also für den Zeitraum vergleichbarer Ergebnisse nach der Gemeinde-reform – die bislang niedrigste Beteiligung bei Gemeinderatswahlen dar. Die Betrachtung nach Gemeindegrößenklassen zeigt, dass die Wahlbeteiligung mit zunehmender Gemeindegröße kontinuierlich abnahm, das heißt, in den größeren Städten war das Interesse an den Gemeinderatswahlen tendenziell geringer als in den kleineren Gemeinden. So machten in den Gemeinden mit bis 1 000 Einwohnern im Durchschnitt nahezu 70 % der Bürgerinnen und Bürger von ihrem Wahlrecht Gebrauch, in den Gemeinden mit 150 000 bis 400 000 Einwohnern waren es lediglich 45 %. Eine gewisse Ausnahme stellt Stuttgart, die Landeshauptstadt und größte Stadt Baden-Württembergs, dar: hier lag die Wahlbeteiligung bei rund 49 %.

... gestiegener Anteil ungültiger Stimmzettel

Von den insgesamt rund 4 Mill. abgegebenen Stimmzetteln waren ca. 141 000 Stimmzettel ungültig. Der Anteil der ungültigen Stimmzettel lag also bei 3,5 % und ist damit gegenüber der Gemeinderatswahl 1999 um 0,5 Prozentpunkte

T1 Ergebnisse der Gemeinderatswahlen in Baden-Württemberg seit 1975

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1975 ¹⁾	1980	1984	1989	1994	1999	2004 ²⁾
Wahlberechtigte	1000	6 119,8	6 248,3	6 520,7	6 800,3	7 119,5	7 488,4	7 774,9
Wahlbeteiligung	%	67,3	62,6	61,8	61,4	66,7	53,0	52,0
Errechnete gleichwertige Stimmen bei Verhältniswahl ³⁾	1000	3 717,5	3 383,0	3 470,1	3 581,9	4 039,8	3 387,9	3 452,0
davon								
CDU	%	36,1	37,9	36,2	31,7	30,3	34,0	32,4
SPD	%	25,5	26,8	23,6	23,4	22,1	19,8	18,2
FDP	%	4,1	4,0	2,9	3,4	2,6	2,3	3,2
GRÜNE	%	-	1,1	5,0	4,7	5,7	3,9	6,6
Andere Parteien ⁴⁾	%	0,7	0,4	0,5	2,5	2,2	1,3	1,3
Gemeinsame Wahlvorschläge ⁵⁾	%	6,9	5,6	4,5	4,3	4,2	5,0	3,9
Wählervereinigungen ⁶⁾	%	26,7	24,3	27,4	30,0	33,0	33,7	34,3

1) Einschließlich vorgezogener und nachgeholter Wahlen. – 2) Vorläufige Ergebnisse. – 3) Gleichwertige Stimmen: Wegen des unterschiedlichen Stimmengewichts in den Gemeinden der elf Einwohnergrößenklassen werden gleichwertige Stimmen nachgewiesen. Diese sind auf Gemeindeebene durch Division der Zahlen der gültigen Stimmen durch die Zahl der jeweils zu wählenden Bewerber ermittelt worden. Auf diese Weise sind alle Gemeinden mit gleichem Stimmengewicht ausgestattet. – 4) Andere Parteien sowie gemeinsame Wahlvorschläge von Parteien. – 5) Gemeinsame Wahlvorschläge von Parteien und Wählervereinigungen. – 6) Auch Wählervereinigungen, die einer Partei nahe stehen.

gestiegen. Da am 13. Juni neben den Kommunalwahlen auch die Europawahl stattfand und die Zusammenlegung von mehreren Wahlen an einem Tag die Abgabe ungültiger Stimmzettel erfahrungsgemäß eher begünstigt, kommt diese Entwicklung nicht überraschend. So lag der Anteil der ungültigen Stimmzettel bei der Gemeinderatswahl 1994, als gleichzeitig noch Europawahlen abgehalten wurden, mit 3,9 % ebenfalls relativ hoch. Bei der Gemeinderatswahl 1999, als die Kommunalwahlen nicht mit anderen Wahlen gemeinsam stattfanden, war der Anteil der ungültigen Stimmen auf 3,0 % abgesunken.

Wählervereinigungen wieder stärkste Kraft in den Rathäusern

Bei den Gemeinderatswahlen 2004 wurden insgesamt 19 316 Gemeinderäte gewählt, 724 über Mehrheitswahl und 18 592 über Verhältniswahl (Schaubild 1).

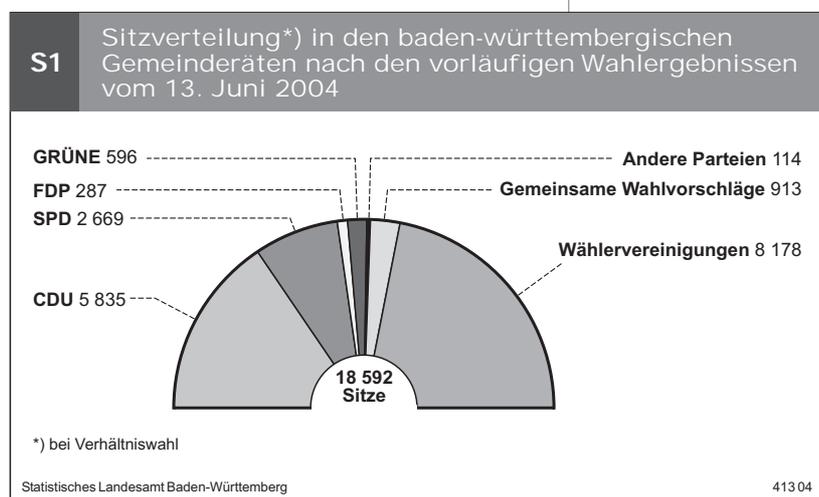
■ Die Wählervereinigungen, die 1999 noch auf Platz 2 der Wählergunst lagen, konnten bei den Gemeinderatswahlen 2004 Stimmen hinzugewinnen und sind nun die stärkste Kraft in den Rathäusern. Mit einem Plus von 0,6 Prozentpunkten kamen sie auf 34,3 % der gleichwertigen Stimmen (siehe i-Punkt).

■ Die CDU hatte bei den Gemeinderatswahlen 2004 einen Stimmenrückgang von 1,6 Prozentpunkten und erhielt 32,4 % der gleichwertigen

Stimmen. Damit bilden die Christdemokraten in den Gemeindeparlamenten des Landes die zweitstärkste Kraft.

■ Die Sozialdemokraten konnten bei den Gemeinderatswahlen 2004 den langjährigen Rückwärtstrend nicht stoppen: sie kamen nur noch auf 18,2 % der gleichwertigen Stimmen (- 1,6 Prozentpunkte).

■ Die GRÜNEN haben bei den Gemeinderatswahlen 2004 ihr Wahlziel, das schlechte Abschneiden von 1999 wettzumachen, mehr als erreicht. Mit einem Stimmenanteil von 6,6 % erzielten sie ein Plus von 2,7 Prozentpunkten gegenüber 1999 und liegen sogar noch über dem bisherigen Spitzenwert von 5,7 % bei den



i Wahlrechtliche Grundlagen bei Kommunalwahlen

Seit 1973, also nach Abschluss der Kreis- und Gemeindereform, werden die Kommunalwahlen in ihrer heutigen Form durchgeführt. Alle 5 Jahre werden Gemeinderäte, Kreisräte und Ortschaftsräte sowie – seit 1994 – die Regionalversammlung des Verbands Region Stuttgart gewählt. Wahlberechtigt sind neben den Bürgerinnen und Bürgern deutscher Staatsangehörigkeit seit der letzten Kommunalwahl am 24. Oktober 1999 auch die Unionsbürger. Das Wahlrecht für Unionsbürger gilt allerdings nicht für die Wahl zur Regionalversammlung.

Gewählt wird aufgrund von Wahlvorschlägen (Listen) unter Berücksichtigung der Grundsätze der Verhältniswahl. Die Listen für die **Gemeinderatswahl** dürfen dabei nur so viele Kandidaten enthalten, wie Gemeinderäte in der jeweiligen Gemeinde zu wählen sind. Jeder Wähler hat so viele Stimmen wie die Zahl der zu wählenden Gemeinderäte. Diese richtet sich nach der Einwohnerzahl der Gemeinde. Die Wähler können bis zur Ausschöpfung ihrer Stimmenzahl Namen aus anderen Listen auf die von ihnen bevorzugte Liste übertragen (Panaschieren) oder aber einem Bewerber bis zu drei Stimmen geben (Kumulieren).

Liegt in einer Gemeinde nur ein oder kein Wahlvorschlag vor, findet Mehrheitswahl statt. In diesem Fall hat der Wähler kein Recht zu kumulieren. Durch die Gemeindereform und die dadurch höhere Einwohnerzahl der Gemeinden spielt die Mehrheitswahl heute allerdings eine untergeordnete Rolle.

Analog zu den Gemeinderatswahlen hat jeder Wähler bei den **Kreistagswahlen** so viele Stimmen, wie Kreisräte im Wahlkreis zu wählen sind. Die Zahl der Kreisräte richtet sich nach der Einwohnerzahl des Landkreises.

Ein „Sonderfall“ bei den Kommunalwahlen ist die direkte **Wahl der Regionalversamm-**

lung des Verbands Region Stuttgart. Dieser Verband, der aus der Landeshauptstadt und den fünf umliegenden Landkreisen Böblingen, Esslingen, Göppingen, Ludwigsburg und dem Rems-Murr-Kreis besteht, wurde 1994 (aus dem früheren Regionalverband Mittlerer Neckar) zur Stärkung der regionalen Zusammenarbeit in der Region Stuttgart gegründet. Die Regionalversammlung besteht aus 80 Verbandsmitgliedern, die unmittelbar von den Bürgerinnen und Bürgern der Region gewählt werden. Die Wahl ist eine reine Listenwahl, wobei jeder Wähler nur eine Stimme hat. Kumulieren und Panaschieren ist nicht möglich.

Bei der Sitzverteilung wird bei den Gemeinderats-, Kreisrats- und Ortschaftswahlen das d'Hondtsche Höchstwahlverfahren angewandt, bei dem aufgrund der Stimmenanzahl die proportionale Sitzverteilung errechnet wird. Eine 5%-Klausel wie bei Parlamentswahlen wird bei baden-württembergischen Kommunalwahlen nicht angewendet.

Gleichwertige Stimmen

Die Ergebnisse von Gemeinderatswahlen in den einzelnen Gemeinden können nicht unmittelbar miteinander verglichen werden. Die Stimmenanzahl, die der Wähler auf die einzelnen Bewerber verteilen kann, ist von der Anzahl der zu wählenden Mitglieder für die jeweiligen kommunalen Vertretungsorgane abhängig. Diese Anzahl ist wiederum abhängig von der Einwohnerzahl der Gemeinde. Um aber eine Vergleichbarkeit der Wahlergebnisse zu ermöglichen, errechnet man so genannte gleichwertige Stimmen. Dazu wird in jeder Gemeinde die Zahl der gültigen Stimmen durch die Zahl der jeweils zu wählenden Kandidaten der Gemeinde dividiert. Auf diese Weise erhält man für jede Gemeinde ein gleiches fiktives Stimmengewicht und kann diese so auch interkommunal vergleichen. Entsprechend gilt dies auch für die Ergebnisse der Kreistagswahlen auf Kreis- bzw. Wahlkreisebene.

Gemeinderatswahlen 1994. Das Ergebnis der Gemeinderatswahlen 2004 ist damit das beste Ergebnis, das die GRÜNEN jemals bei Gemeinderatswahlen in Baden-Württemberg erreicht haben.

■ Auch die FDP konnte bei den Gemeinderatswahlen mit einem Plus von 0,9 Prozentpunkten Gewinne verbuchen und kam demnach auf

3,2 % der gleichwertigen Stimmen. Die Liberalen erreichten damit erstmals seit 1989 wieder über 3 % der gleichwertigen Stimmen.

■ Auf die anderen Parteien entfielen bei den Gemeinderatswahlen 2004 ebenso wie 1999 1,3 % der gleichwertigen Stimmen und auf die gemeinsamen Wahlvorschläge von Parteien mit Wählervereinigungen 3,9 % (- 1,1 Prozentpunkte).

Je kleiner die Gemeinden, desto erfolgreicher die Wählervereinigungen

Wählervereinigungen umfassen ein breites Spektrum, welches von lokalspezifischen Interessengemeinschaften über Frauenlisten bis hin zu Einzelbewerbern reicht. Insgesamt zeigt sich, dass Wählervereinigungen in den kleinen Gemeinden eine dominierende Rolle spielen. Betrachtet man die Wahlergebnisse nach Gemeindegrößenklassen, so erhielten bei den Gemeinderatswahlen 2004 die Wählervereinigungen in Gemeinden mit bis zu 1 000 Einwohnern rund 84 % der gültigen gleichwertigen Stimmen. Mit zunehmender Gemeindegröße nimmt ihr Stimmenanteil kontinuierlich ab. In der Landeshauptstadt Stuttgart, der größten Gemeinde Baden-Württembergs, entfielen nur noch gut 12 % der Stimmen auf Wählervereinigungen.

Aufgrund der starken Stellung der Wählervereinigungen gerade in kleineren Gemeinden ergibt sich für die politischen Parteien die Situation, dass sie, betrachtet man die Wahlergebnisse nach Gemeindegrößenklassen, in kleineren Gemeinden nur unterdurchschnittliche Ergebnisse erzielten. So kam die CDU in den baden-württembergischen Gemeinden mit bis zu 1 000 Einwohnern lediglich auf knapp 11 % der gleichwertigen Stimmen. Die SDP verblieb in Gemeinden mit bis zu 3 000 Einwohnern bei rund 6 % der gleichwertigen Stimmen, die FDP und die GRÜNEN sogar bei unter 1 %. In den größeren Gemeinden waren die politischen

Parteien wesentlich erfolgreicher: CDU und SPD erzielten in den Gemeinden mit mehr als 10 000 Einwohnern durchweg überdurchschnittliche Wahlergebnisse, bei den GRÜNEN und der FDP war dies erst in den Gemeinden mit mehr als 20 000 Einwohnern der Fall.

Bei Kreistagswahlen 2004 Wahlbeteiligung ebenfalls rückläufig

In den 35 Landkreisen Baden-Württembergs wurden am 13. Juni 2004 neue Kreistage gewählt. Wahlberechtigt waren insgesamt 6,4 Mill. Bürgerinnen und Bürger, Deutsche und Unionsbürger (Tabelle 2). Lediglich 52,8 % machten von ihrem Wahlrecht Gebrauch. Dies bedeutete einen weiteren Rückgang der Wahlbeteiligung um 1,3 Prozentpunkte gegenüber den Kreistagswahlen von 1999. Damals hatten sich noch 54,1 % an den Kreistagswahlen beteiligt. Nach 1979, als nur 51,1 % der Wahlberechtigten zur Wahl gingen, ist dies nun die zweitschlechteste Quote seit der Kreisreform 1973.

CDU in den Kreistagen nach wie vor stärkste Partei

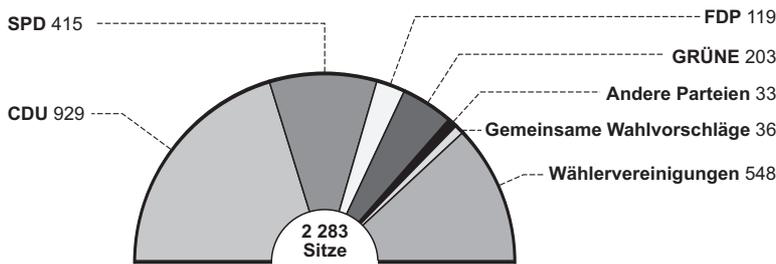
Stärkste Kraft in den baden-württembergischen Kreistagen mit 38,7 % der gleichwertigen Stimmen bleibt mit Abstand nach wie vor die CDU. Allerdings musste sie leichte Verluste von 1,7 Prozentpunkten hinnehmen. Die Wählerver-

T2 Ergebnisse der Kreistratswahlen in Baden-Württemberg seit 1973								
Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1973 ¹⁾	1979	1984	1989	1994	1999	2004 ²⁾
Wahlberechtigte	1000	4 723,4	5 008,7	5 338,1	5 567,9	5 863,8	6 217,5	6 445,2
Wahlbeteiligung	%	54,8	51,1	62,5	61,9	67,3	54,1	52,8
Errechnete gleichwertige Stimmen bei Verhältniswahl ³⁾	1000	2 509,9	2 487,5	3 085,7	3 193,6	3 632,8	3 110,6	3 106,1
davon								
CDU	%	46,6	47,3	42,3	37,8	35,6	40,4	38,7
SPD	%	26,5	28,1	24,0	24,1	23,2	21,0	18,7
FDP	%	5,2	4,8	4,3	4,7	4,0	3,9	5,4
GRÜNE	%	-	0,5	8,9	8,5	10,4	7,3	9,5
Andere Parteien ⁴⁾	%	0,0	0,2	0,1	2,5	3,3	2,2	2,1
Gemeinsame Wahlvorschläge ⁵⁾	%	5,4	4,8	3,5	2,2	3,0	2,4	1,7
Wählervereinigungen ⁶⁾	%	16,3	14,2	16,9	20,1	20,5	22,8	23,8

1) Einschließlich einer Wiederholungswahl im Rems-Murr-Kreis. – 2) Vorläufige Ergebnisse. – 3) Gleichwertige Stimmen: Wegen des unterschiedlichen Stimmengewichts in den Wahlkreisen der Landkreise werden gleichwertige Stimmen nachgewiesen. Diese sind auf Wahlkreisebene durch Division der Zahl der gültigen Stimmen durch die Zahl der jeweils zu wählenden Bewerber ermittelt worden. Auf diese Weise sind alle Wahlkreise mit gleichem Stimmengewicht ausgestattet. – 4) Andere Parteien sowie gemeinsame Wahlvorschläge von Parteien. – 5) Gemeinsame Wahlvorschläge von Parteien und Wählervereinigungen. – 6) Auch Wählervereinigungen, die einer Partei nahe stehen.

S2

Sitzverteilung in den baden-württembergischen Kreistagen nach den vorläufigen Wahlergebnissen vom 13. Juni 2004



Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

414 04

einigungen lagen bei den Kreistagswahlen 2004 das zweite Mal in Folge noch vor der SPD auf Platz 2 in der Wählergunst. Mit 23,8 % schnitten sie zwar deutlich schwächer ab als bei den Gemeinderatswahlen (34,3 %), dennoch konnten sie ihren Stimmenanteil gegenüber den Kreistagswahlen 1999 nochmals um einen Prozentpunkt steigern. Damit erzielten sie ihr bestes Ergebnis seit 1973. Die Sozialdemokraten, seit 1994 im Abwärtstrend, unterschritten ihr Ergebnis der Kreistagswahlen 1999 nochmals um 2,3 Prozentpunkte und erlangten lediglich 18,7 % der gleichwertigen Stimmen – ihr bislang schlechtestes Kreistagswahlergebnis seit der Kreisreform 1973. Sowohl die FDP als auch die GRÜNEN konnten bei den Kreistagswahlen 2004 Gewinne verbuchen. Während die Liberalen mit einem Plus von 1,5 Prozentpunkten gegen-

über 1999 auf 5,4 % der gleichwertigen Stimmen kamen und somit ihr bestes Ergebnis seit 1973 erlangten, erzielten die GRÜNEN mit 9,5 % einen Gewinn von 2,2 Prozentpunkten und machten ihren Stimmeneinbruch von 1999 wieder gut. Leichte Verluste von - 0,1 Prozentpunkten gab es bei den anderen Parteien, die auf 2,1 % der gleichwertigen Stimmen kamen, und bei den gemeinsamen Wahlvorschlägen mit - 0,7 Prozentpunkten, die 1,7 % erhielten. Die Verteilung der 2 283 Kreistagsmandate auf die Parteien und Wahlvorschläge ist aus *Schaubild 2* ersichtlich.

Wahl der Regionalversammlung des Verbands Region Stuttgart

Auch bei der Wahl der Regionalversammlung des Verbands Region Stuttgart haben die Christdemokraten ihre Stellung als stärkste Kraft im Regionalparlament verteidigt, obwohl sie mit 38,6 % der gültigen Stimmen gegenüber 1999 3,7 Prozentpunkte verloren haben (*Tabelle 3*). Die Sozialdemokraten erlangten 20,9 % der gültigen Stimmen, was ein Minus von 2,7 Prozentpunkten gegenüber 1999 bedeutet. Drittstärkste Kraft im Regionalparlament bleiben die Freien Wähler, die mit einem Plus von 1,9 Prozentpunkten auf 14,0 % der gültigen Stimmen kamen. Die GRÜNEN konnten ihren Stimmenanteil von 9,9 % auf nun 12,8 % erhöhen – ein Plus von rund 3 Prozentpunkten. Die FDP kam auf 3,8 %, was einem Plus von 0,3 Prozentpunkten entspricht. Auf die übrigen Wahlvorschläge entfielen insgesamt 9,8 % der gültigen Stimmen, 1,4 Prozentpunkte mehr als 1999.

T3

Wahl der Regionalversammlung des Verbands Region Stuttgart 2004 und 1999*)

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	2004	1999
Wahlberechtigte	Anzahl	1 765 958	1 723 109
Wähler	Anzahl	952 697	920 755
Wahlbeteiligung	%	53,9	53,4
Gültige Stimmen	Anzahl	928 046	898 690
davon			
CDU	%	38,6	42,3
SPD	%	20,9	23,6
FDP	%	3,8	3,5
GRÜNE	%	12,8	9,9
REP	%	4,6	5,5
ödp	%	1,3	1,2
GRAUE	%	1,4	-
PDS	%	1,0	-
Gemeinsamer Wahlvorschlag von FDP und Freien Wählern	%	1,5	1,7
Freie Wähler ¹⁾	%	14,0	12,1
Sonstige (nur 1999)	%	-	0,2

*) Jeweils endgültiges Ergebnis. – 1) Mitgliedschaftlich organisierte Wählervereinigung.

Die Regionalversammlung des Verbands Region Stuttgart besteht künftig aus 93 Mitgliedern, 3 mehr als bisher. Die Parteien gewannen folgende Sitze:

CDU	38	(- 1)
SPD	20	(- 1)
Freie Wähler	13	(+ 2)
GRÜNE	12	(+ 3)
DIE REPUBLIKANER	4	(- 1)
FDP	3	(-)
GRAUE	1	(+ 1)
ödp	1	(-)
Gemeinsamer Wahlvorschlag von FDP und Freien Wählern	1	(-)

Die PDS erhielt keinen Sitz in der Regionalversammlung.

Die Wahlbeteiligung lag bei der Wahl zur Regionalversammlung des Verbands Region Stuttgart mit 53,9 % etwas höher als 1999 (53,4 %) und auch leicht über den Beteiligungsquoten

der Gemeinde- und Kreistagswahlen 2004 (*Tabelle 3*). Anders als bei den Gemeinde- und Kreistagswahlen waren Unionsbürger bei der Wahl der Regionalversammlung nicht wahlberechtigt. ■

Weitere Auskünfte erteilen
Monika Hin, Telefon 0711/641-2604
E-Mail: Monika.Hin@stala.bwl.de
Nicole Michel, Telefon 0711/641-2044
E-Mail: Nicole.Michel@stala.bwl.de

kurz notiert ...

Einnahmen aus Grunderwerbsteuer 2003 im Land um fast 5 % gestiegen

Das Grunderwerbsteueraufkommen in Baden-Württemberg ist 2003 gegenüber dem Vorjahr um fast 5 % gestiegen und betrug rund 727 Millionen Euro (2002: 694 Mill. Euro). Bei der Grunderwerbsteuer handelt es sich um eine Verkehrssteuer, die fällig wird, wenn die rechtliche (Kauf) oder wirtschaftliche (Verwertungsmöglichkeit) Verfügungsmacht an einem Grundstück erworben wird. Die Steuer beträgt 3,5 v.H. des Grundstückswerts (Kaufpreis). Die dem Land zustehende Steuer wird im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs aufgrund des Finanzausgleichsgesetzes den Stadt- und Landkreisen nach dem Aufkommen in ihrem Gebiet zu 55,5 v.H. überlassen. Durch die zeitlich verschobene finanzielle Abwicklung der Überlassung des Kreisanteils kann die Entwicklung des Gesamtaufkommens an Grunderwerbsteuer jedoch bezüglich des Kalenderjahres eine abweichende Veränderungsrate zeigen. Für die Einnahmen der Stadt- und Landkreise ergibt sich deshalb eine höhere Veränderungsrate zum Vorjahr von über 6 %. Die Stadtkreise erhielten 2003 rund 105 Mill. Euro, was einem Mehr gegenüber dem Vorjahr von knapp 6 % entspricht, während sich bei den Landkreisen bei einem Plus von 6,4 % gegenüber 2002 eine größere Steigerungsrate errechnet und die mit 297 Mill. Euro rund 16 Mill. Euro mehr Einnahmen hatten als im Vorjahr.

Die Entwicklung der Einnahmen einzelner Stadt- und Landkreise an der Grunderwerbsteuer 2003 zum Vorjahr verläuft entsprechend den örtlichen Gegebenheiten recht unterschiedlich. Die Veränderungsdaten reichen von einem Plus von 32 v.H. bis zu einem Minus von 25 v.H.

Kassenmäßige Steuereinnahmen des Landes im 1. Halbjahr 2004 auf Vorjahresniveau

Die dem Land Baden-Württemberg nach der Verteilung der Steuern auf Bund, Länder und Gemeinden zustehenden kassenmäßigen Steuereinnahmen haben sich im 1. Halbjahr 2004 um rund 5 Mill. Euro gegenüber dem vergleichbaren Vorjahreszeitraum vermindert. Die Steuereinnahmen betragen somit wie im Vorjahreszeitraum 10,6 Mrd. Euro. Der Anteil an den gemeinschaftlichen Steuern liegt bei 9,2 Mrd. Euro (- 0,2 %). An reinen Landessteuern verzeichnete der Fiskus 1,4 Mrd. Euro (+ 1,0 %).

Ausgaben der Gemeinden und Gemeindeverbände für Feuerschutz um 2,6 % gestiegen

Die Gemeinden und Gemeindeverbände haben 2002 für Feuerschutz 397 Mill. Euro ausgegeben. Das entspricht etwa einem Prozent der kommunalen Gesamtausgaben. Im Vorjahr beliefen sich diese Ausgaben der Gemeinden und Gemeindeverbände auf 387 Mill. Euro. Es ist somit ein Anstieg von 2,6 % zu verzeichnen. Auf die kreisangehörigen Gemeinden entfallen 260 Mill. Euro, gefolgt von den Stadtkreisen mit 115 Mill. Euro und schließlich den Landkreisen mit 21 Mill. Euro.

Betrachtet man die Ausgaben im Feuerschutz pro Einwohner, so ergibt sich für alle Gemeinden und Landkreise ein Durchschnittswert von 37 Euro. In den Stadtkreisen waren dies 59 Euro je Einwohner, in den kreisangehörigen Gemeinden 30 Euro. Die Landkreise selbst gaben 2 Euro je Einwohner aus. ■